

# Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

### Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mfr., durch die Post monatlich 8,25 Mfr., die halbjährlich 24,75 Mfr. einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsergebnis unter Halle-Zeitung eingetragen. Für vorerwähnt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Halle-Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

### Anzeigenpreise:

Die 8 gelbsteine 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restriemen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nahmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsgarantie 8 1/2 U. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromer-Str. 14. Geschäftsstelle: 17, nade 1a. Geschäftsstellen: Große Mühlstraße 52 und Markt 24. Druck- und Verlagsanstalt Leipzig Nr. 4000.

Nr. 208.

Halle, Freitag, den 6. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Auf der Suche nach dem neuen Reichskanzler.

Das Entente-Ultimatum überreicht — Frist bis zum 12. Mai — Die Entwaffnungsfrage als Kern der Unterlassungen  
Weitere Ausbreitung des oberschlesischen Aufstandes — Korfanty trotz der Entente — Freiwillige Oberschlesier vor zum Schutze der Heimat!

### Die Entscheidung in London.

Der Sonderberichterstatter der Hannasagentur berichtet aus London, das Reaktionskomitee habe erst gestern um 12 Uhr den Text des finanziellen Arrangements und das Protokoll hinsichtlich der Abänderung des § 22 Anhang 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages, der eine Abänderung des Vertrags 8 betreffend die Reparationskommission vorseht, vorgelegt. Viele dieser Dokumente würden noch Donnerstagabend der Kriegslastenkommission durch die Reparationskommission, die um 6 Uhr abends in Paris ankomme, notifiziert. Der Oberste Rat werde durch Vermittlung seines augenblicklich in Vorhänden Lloyd George durch den deutschen Botschafter in London die getroffenen Abmachungen übermitteln. Der Berichterstatter der vorgezogen worden sei, werde nicht abgehandelt.

Während Havas und Reuters bereits den Inhalt des Ultimatums der Alliierten an Deutschland verbreiteten, lag dieses bis heute nacht in Berlin noch nicht vor. Der in London bekanntgegebene amtliche Wortlaut der

### gemeinsamen Erklärung der Verbänderegierungen lautet in Uebersetzung:

„Die Verbänderegierungen stellen fest, daß trotz der wiederholten Zugeständnisse, welche von den Verbänden seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gemacht worden sind, ungeachtet der Warnungen und Zwangsmassnahmen, die in Spa und Paris beschlossen wurden, wie auch der in London angekauften und teils in Kraft getretenen Massnahmen, die deutsche Regierung mit der Erfüllung der Verpflichtungen im Hinblick auf die ihr nach den Bestimmungen des Versailles-Vertrages obliegen, und zwar in folgenden Punkten:

1. Entwaffnung.
  2. Zahlung der 12 Milliarden Goldmark, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages am 1. Mai 1921 fällig waren und deren Befolgung von der Reparationskommission bereits für den genannten Zeitpunkt verlangt worden ist.
  3. Beurteilung der Kriegsverbrechen unter den Bedingungen, wie sie erneut durch die Verbändernoten vom 13. 2. und 17. 5. 1920 festgelegt wurden.
  4. Einige andere wichtige Fragen, in erster Linie diejenigen, welche die Artikel 264 bis 267, 269, 273, 321, 322 und 327 des Friedensvertrages betreffen.
- Sie beschließen deshalb,
- A) heute bereits alle vorberichtigten Massnahmen zu ergreifen, welche zur Befolgung des Ultimatums durch die verbündeten Truppen am Rhein nötig sind, und zwar unter den in den vorliegenden Bedingungen.
  - B) Gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages die Reparationskommission hinsichtlich der deutschen Regierung unerschütterlich unterstützen und Bedingungen für die Befolgung der deutschen Schuld in ihrer Gesamtheit mitzuteilen und ihre darauf bezügliche Entscheidung der deutschen Regierung bis spätestens 6. Mai bekannt zu geben.
  - C) Die deutsche Regierung aufzufordern, innerhalb einer Frist von sechs Tagen nach Empfang der obigen Entschlüsse klipp und klar zu erklären, daß sie entschlossen ist:

1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen so, wie sie von der Reparationskommission festgelegt werden,
2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen die von der Reparationskommission vorgezeichneten Sicherheiten anzunehmen und durchzuführen,
3. ohne Vorbehalt und unerschütterlich die Massnahmen gemäß Artikel 235 des Ultimatums zu Ende zu führen, welche der deutschen Regierung durch die Verbändermächte durch Schreiben vom 29. Januar 1921 angedeutet wurden, durchzuführen, soweit die Durchführung dieser Massnahmen bereits fällig geworden ist, und unerschütterlich die weiteren Massnahmen zu Ende zu führen, die zu bestimmten Zeiten verwirklicht sein müssen,
4. ohne Vorbehalt und unerschütterlich die Beurteilung der Kriegsverbrechen vorzunehmen, sowie die Erfüllung der übrigen Teile des Vertrages, denen bisher noch nicht Genüge getan ist und wovon im § 1 dieser Note die Rede ist.

D) Am 12. Mai zur Befolgung des Ultimatums zu schreiten und alle anderen militärischen Massnahmen zu treffen und zu Ende zu ergreifen die Befolgung der obigen Bedingungen durch die deutsche Regierung. Diese Befolgung wird solange dauern, bis Deutschland die unter C) aufgeführten Bedingungen erfüllt haben wird.  
London, 5. Mai 1921.

(gez.) Lloyd George, Briand, Stora, Tsarfr. Sanadi.

### Ueber die vorgelegene Garantiekommision für die deutsche Schuld

berichtet der Vertreter des „Journal“ aus London: Eine Unterkommision der Reparationskommission, bestehend aus je einem Vertreter der fünf verbündeten Großmächte, einem Vertreter Amerikas und drei Vertretern neutraler Länder, werde als Garantiekommision die deutsche finanzielle Vermögen und die Tilgungsmöglichkeiten der äußeren Schuld übermessen. Wie dem „Temps“ aus London berichtet wird, bestehen

1. in den Zolleinnahmen und den verschiedenen Ee- und Landabgaben, besonders aber in der Steuer auf die Einnahme und Ausfuhr,
2. in der Erhebung der 25-prozentigen Abgabe von Werten jeder Art, die auf dem deutschen Gebiet hieron sollen die Waren sein, die in Länder gehen, wo eine Abgabe vom Verkaufswert deutscher Waren von mindestens 25 Proz. vorgefrieben ist.
3. Soll als Garantie dienen jede direkte oder indirekte Abgabe oder jede andere Zahlungsart, die die deutsche Regierung vorschlagen werde und die das einziehende Garantiekomitee annehme, um das Ertragnis der beiden ersten Zahlungsarten zu ersetzen oder zu vervollkommen.

Der einziehende Garantierausschuss habe nicht die Berechtigung, in die deutsche Verwaltung einzugreifen. Nach dem gleichen Blatt wird ein Zusatz zu § 19 Abschnitt 8 des Friedensvertrages vorgeschlagen, durch den Deutschland für den Wiederaufbau Sachleistungen und Arbeitskräfte zu stellen hat, aber auch die gleichen Leistungen für die verbündeten Mächte aufbringen muß, damit sie ihr industrielles und wirtschaftliches Leben wieder aufbauen und entwickeln können. Der Wert dieser Leistungen soll abgezinst werden von einem deutschen Sachverhandlungen und einem Sachverständigen der Alliierten Mächte. Im Falle der Nichterfüllung soll die Reparationskommission einen Sachverständigen ernennen.

### Lloyd Georges Ansicht über die Entwaffnung,

die ja bei den „Strafmaßnahmen“ eine überragende Rolle gespielt hat.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George gestern, die Konferenz sei eine der wichtigsten und bedeutendsten in der Reihe von Konferenzen gewesen, die vor kurzem stattgefunden hätten. Als die Konferenz zusammengetreten sei, sei die Lage die gewesen, daß Deutschland seine Verpflichtungen mit Bezug auf die Durchführung einer Anzahl der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt hätte, nämlich Entwaffnung und Ueberlieferung des Kriegesgegenstandes, Reparation und die übrigen Punkte, die von den Alliierten unerschütterlich in ihrer Achtung seien. Die Alliierten hätten während der letzten zwei Jahre große Mühsal (!) gesetzt. Sie hätten niemals auf dem Buchstaben der Verpflichtung bestanden. Da, wo Deutschland berechtigten Schwierigkeiten zu begegnen hatte, und wo es zeigen konnte, daß es sein Bestes tat, um den Forderungen des Vertrages nachzukommen unter Bedingungen, über die es keine Kontrolle hatte und die die Erfüllung der Forderungen schwierig gestalten, hätten die Alliierten in jedem Falle Zugeständnisse (!) gemacht, indem sie die Zeit ausdehnten und es Deutschland im allgemeinen leicht machten, den Schwierigkeiten, denen es gegenüberstand, zu begegnen. Lloyd George sagte, er könne sich keines einzigen Falles erinnern, wo die Alliierten ungeschicklich hart in ihrer Achtung gewesen seien im Gegenteil. Der erste wichtige Faktor zweifelloser Veräumnis von Seiten Deutschlands sei die Entwaffnung, die nicht allein die Grundlage des Vertrages ist, sondern auch die der fünfzigsten Rubrik in Europa. Wenn keine Garantie bestände, daß die fürstbare Maschine Deutschlands, die für die großen Kämpfer Europas und für den fürchtbaren Krieg verantwortlich gewesen sei, immer verschwinden wird, bestände keine Gewähr für die Freiheit und den Frieden Europas. Daher sei die Entwaffnung als fundamentale Frage angesehen worden. Lloyd George erklärte, er wünsche Deutschland volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und wolle daher gleich vorzutragen, daß in gewisser Hinsicht die Erfüllung der Bedingungen bezüglich dieses wichtigen Teils des Friedensvertrages durch Deutschland hoch bedeutsam gewesen sei, in anderen Punkten dagegen sehr unbedeutend. Er freute sich, sagen zu können, daß die Richtung, in der Deutschlands Erfüllung der Bedingungen befragend gewesen sei, eine sehr vitale sei. Die Auslieferung und die Fortsetzung der großen deutschen Geschäfte könne nach Ansicht der militärischen Ratgeber der Alliierten als äußerst befriedigend angesehen werden, trotzdem sie nicht vollständig sei, denn es müßten noch immer 500 bis 600 Geschäfte abgeliefert werden. Lloyd George nannte die Zahl der bisher ausgelieferten Geschäfte und Munitionsmengen und bemerkte, daß 188 Millionen Gra-

naten eine Idee von den riesenhaften Vorbereitungen Deutschlands geben könnten. Der Premierminister erklärte, als die Konferenz von Spa stattgefunden habe, sei die Lage der Dinge nicht so befriedigend gewesen, wie sie hätte sein können. Damals habe Deutschland immer noch eine sehr große Zahl von Geschützen und Maschinengepöckeln besessen, während das deutsche Heer damals 200 000 Mann betragen habe. Die Spa-Konferenz habe ein sehr gutes Werk geleistet, und Deutschland habe nach dieser Konferenz eine wirtschaftliche Anstrengung gemacht, um sein Heer auf 100 000 Mann herabzusetzen, weitere 5500 Geschütze sowie große Mengen Granaten und zwei Millionen Gewehre ausgeliefert. Ueber die Punkte sprechen, in denen die Erfüllung des Friedensvertrages immer noch unbedeutend sei, erklärte Lloyd George, es seien immer noch viel zu viele Maschinengepöckel und Gewehre nicht ausgeliefert und außerdem sei eine demütigende Tatsache das Bestehen unregelmäßiger militärischer Organisationen in Deutschland, die zusammen genommen der Kern des fürchtbaren Heeres werden könnten (!). Frankreich und Belgien seien natürlich aus sehr guten Gründen bedacft, daß diese Bedingungen erzwungen werden.

### Die Entente-Staatsmänner bringen die Krisis im deutschen Reichskabinett

mit der Angelegenheit der Strafmaßnahmen in engstem Zusammenhang. So soll Briand getrieben vor den französischen Journalisten die Frage beprochen haben: Was wird Deutschland machen? Das Ministerium habe demissioniert. Wenn das kommen: Ministerium nicht die Bedingungen der Alliierten annehme, müßte man die Deutschen nicht nach ihren Verpflichtungen, sondern nach ihren Handlungen beurteilen. Die alliierten Sachverständigen hätten erklärt, Deutschland könne, ohne sich dem Rhein auszuweisen, die verlangten Verpflichtungen erfüllen. Der leinere Abteil von London äußerte Briand gegenüber Journalisten, der Rücktritt der deutschen Regierung sei der erste Schritt auf dem Wege zur Unterwerfung Deutschlands.

### Das bisherige Reichskabinett

trat am Donnerstag morgen zu einer Sitzung zusammen. Vor dem Eintritt in die Verhandlungen nahm der Reichsjustizminister Dr. Heine das Wort und führte folgendes aus: Er fühle die Verpflichtung in sich, im Namen des Kabinetts dem Reichskanzler für das zu danken, was er dem Kabinett in der Zeit seines Beliebens gemeldet sei. Das Kabinett habe in der schwersten Zeit die Geschäfte des Reiches geführt und stets im besten persönlichen Einvernehmen zusammen gearbeitet. Ein solches persönliches Einvernehmen sei Voraussetzung für alle geschäftliche Tätigkeit eines Kabinetts, und selbst der schärfste Kritiker könne dem Kabinett manchen Erfolg nicht absprechen. Zu diesen Erfolgen habe der Reichskanzler durch die Art, wie er die Geschäfte geführt habe, ganz wesentlich beigetragen. Sein klarer politischer Blick, mit dem er so manche Schwierigkeit überwinden, seine unbestreitbare Unparteilichkeit, sein persönliches Wohlwollen habe ihm das volle Vertrauen des Kabinetts eingebracht, und dieses Vertrauen sei die beste Grundlage für die gemeinliche Arbeit gewesen, die jedem Mitgliede des Kabinetts einen wertvollen Teil seines Lebens bedeuten werde.

### Ueber die

### Besprechungen der Parteiführer

bei dem Reichspräsidenten, die am paten Abend stattfanden, verlautet, daß die Kandidaturen Dr. Stresemann und Schiffer für den Reichskanzlerposten aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr in Frage kommen. Dagegen ist vom Zentrum erneut der Botschafter in Paris Mayer-Kaufmann für den Kanzlerposten vorgeschlagen worden. Bismarck hat der Botschafter den Außenministerposten bereits abgelehnt und es muß abgemart werden, ob er auch dem Kanzlerposten gegenüber die gleiche Haltung einnehmen wird. Der Reichspräsident hat sich bis jetzt noch an kein einen der Kandidaten gewendet und ist ja, wie bemerkt werden muß, verfassungsmäßig durchaus frei in der Wahl des Kanzlers, dem er die Regierungsbildung übertragen will. Im interaktionellen Austausch ist auch die Frage erörtert worden, ob Rüst Wilam für den Reichskanzlerposten diskutabel wäre. Dem Reichspräsidenten ist der Rüst noch nicht vorgeschlagen. In einem Kabinett Wilam wurde Dr. Stresemann die Stelle eines Staatssekretärs übernommen. Ob dieser Gedanke überhaupt weiter verfolgt werden wird, muß sich in der heute vormittag stattfindenden neuen Sitzung des interaktionellen Ausschusses zeigen.

In späterer Nachstunde verlautete, Cberthabe sich entschlossen, einen

### außerhalb des Parlaments stehenden Kandidaten

für den Kanzlerposten in Aussicht zu nehmen. Es werde in diesem Falle auf den bereits für den Kanzlerposten genannten früheren Statthalter in Elßig-Lothringen, Dr. Schwander, zurückgegriffen werden.

### Der polnische Aufruhr in Oberschlesien.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat gestern vormittag zusammen und nahm der Bericht des Kommissionsberichts über die Verhältnisse in Oberschlesien entgegen. Die mitgeteilten Nachrichten betreffen die außerordentlich schwere des polnischen Aufruhrs. Der Ausschuss vertagte sich auf nachmittag, um inzwischen dem Kabinett Gelegenheit zu geben, sich über die dem Parlament klarzulegenden Entscheidungen schlüssig zu werden.

Der überaus große Ernst der Lage in Oberschlesien besteht unermindert fort. Die Aufstandsbewegung hat noch weiter Raum nach Norden gewinnen können. Seit gestern morgen ist auch die Stadt Kosenberg im Besitz der Polen. Der erwartete Angriff der Aufständischen auf die größeren Städte des Industriebezirks ist noch nicht erfolgt, doch mag dies nur mit dem Angriff gezehret werden. Besonders Gletz ist schwer bedroht. In der Nähe von Kattowitz wurde ein Leutnantenregiment mit französischen Truppen, die in Doppel Lebensmitteln beladen waren, von den Aufständischen überfallen. Ein französischer Unteroffizier wurde getötet, die Mannschaft entwaffnet und der Kraftwagen von den Polen geraubt. Aus allen von den Aufständischen umflossenen Städten wird Lebensmittelknappheit gemeldet. Ebenso liegen Weinberge über Staub von Lebensmitteln durch die Aufständischen vor. Der Eisenbahndienst ruht. In zahlreichen Stellen sind von den Aufständischen erneut Gleise gesprengt und Bahnanlagen zerstört worden. Weitere Nachschüsse von Menschen und Material aus Polen nach Oberschlesien finden statt. Im Kreise Pless sind besonders zahlreiche Lehrer und Beamte von den polnischen Aufständischen festgesetzt worden. Lublitz ist von der französischen Besatzung geräumt worden. Dem Einmarsch der Polen wird erwartet. Gutztag im Kreise Lublitz hält sich noch, wird aber sehr stark angegriffen.

Nach den bis gestern abend vorliegenden Nachrichten ist das gesamte Gebiet Oberschlesiens, das von der sogenannten Kofantjanlinie begrenzt wird, von dem polnischen Aufstand ergriffen. Die Kofantjanlinie folgt dem Laufe der Oder bis Klein-Schmütz, fällt dann mit der Weizener Gasse des Kreises Grotz-Strehlitz zusammen, den Kreis Kosenberg in der Gegend von Jembschitz und endet nördlich von Sogozowitz an der polnischen Grenze. Aber auch über diese Linie hinaus breitet sich in den Kreisen Ratibor, Kotel und Kolenberg der schlesische Aufstand aus. Die Aufständischen haben den gesamten Tag von Kattowitz aus, um ihre Organisation auszuweiten und um sich durch Unterdrückung der polnischen Bevölkerung vor zu schützen. Bei Nierab und Wika im Kreise Tarnowitz sind Nachschüsse über die polnische Grenze einmündend erfolgt worden. Kofantjan hat in den Landgemeinden gegen überall Aufrufe verbreiten lassen, in denen er sich als Präsident der Republik erklärt. In den meisten Orten sind die deutschgeheimten Gemeindevorsteher und Kommunalbeamten ihrer Ämter entlassen und durch Aufständische ersetzt worden. In Kofantjan ist von den Aufständischen ein Konzentrationslager eingerichtet worden. In vielen Orten verlassen die Aufständischen mit Anhängen der internationalen Kommission zu verhandeln. Der Zentralverband der Angestellten in Sinsenburg hat an den deutschen Bevollmächtigten in Döppeln ein Telegramm geschickt, in dem auf die Lebensmittelknappheit und auf die Gefahr bevorstehender Plünderungen hingewiesen wird. Die Lebensmittelknappheit wird erneut aus allen Städten Oberschlesiens gemeldet. Insbesondere ist der Weizener Bezirk sehr groß. Es geht weiter die bringende Gefahr, daß in allerhöchster Zeit die Nationalarbeiten auf den Straßen nicht mehr verrichtet werden können.

Der Magistrat der Stadt Kattowitz hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, einen Hiferat um baldigen weiteren Schutze der Interalliierten Kommission zu senden.

### Eine Proklamation Kofantjan.

Kofantjan hat eine in polnischer Sprache abgefaßte Proklamation erlassen, in der er sich um Führer des Aufstandes nennt. In seiner Rundgebung heißt es: „Die polnische Regierung hat mich meines Postens als polnischer Abstimmungs-Kommissar entlassen, weil ich den Wunsch zu unterdrücken nicht imstande wäre. Ich bin nicht mehr der polnische Kommissar, aber ich bin von eurem Blute. Als euer Bruder will ich mit euch kämpfen. Die Aufständischen der deutsch-preussischen Angehörigen wollen wir um jeden Preis erledigen und keine Gewalt der Welt wird uns daran hindern können. Zum Oberbefehlshaber aller aufständischen Kräfte erkenne ich den Insurgenten Anführer Kofantjan an. Kofantjan bestimmt dann in seinem Aufrufe weiter die Strafen für Vergehen; die Todesstrafe behaft seiner Bestätigung. Er legt als Gerichtsbarkeit Feldgerichte ein. Die Beamten sollen nach Möglichkeit auf ihren Posten verbleiben. Kofantjan fordert zur Aufrichterhaltung der Ruhe und Ordnung auf und legt strenge Strafen für Raub, Mord und Diebstahl vor. Der von Kofantjan ernannte Oberkommandant der Aufständischen erklärt in seinem ersten Tagesbefehl, daß das Ergebnis der Volksabstimmung von der Welt nicht anerkannt werde und daß daher die polnischen Rechte mit den Waffen in der Hand gewahrt werden müßten. Nach einer Meldung der Pol. Tel. Agt. haben die Führer der polnischen Aufstandsbewegung in Oberschlesien an den Deutschen Rat zu Bänden Land Georges ein Telegramm abgeschickt, in dem sie mit der Zerstörung der industriellen Unternehmungen drohen, falls ihren Wünschen nicht entsprochen werden sollte.

### Rücktrittsgesuch des englischen Kreisintendanten in Beuthen-Land.

Der englische Kreisintendant von Beuthen-Land, Oberst Cotwell, hat gestern dem polnischen Insurgenten angehalten und nachzu verschieben. Zur durch eine Hilfe gelang es ihm, sich zu befreien. Er wurde bei dieser Gelegenheit von den Polen als Engländer auf größte Beschimpfung hin zu der Verfügung stehenden militärischen Kräfte nicht auszuweisen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die deutsche Bevölkerung vor Gewalttaten zu schützen, hat Oberst Cotwell die internationalisierte Kommission um seine Abberufung gebeten und ihr den Vorschlag zur Verfügung gestellt.

In Ratibor, das vollkommen von den Aufständischen eingeschlossen ist, hat der italienische Kreisintendant die deutschen Plebiszitkommissare amtlich aufgefordert, 500 Mann für die Aufstellungspolizei zu stellen. Die Gestellung ist bereits erfolgt. Deutsche und Italiener kämpfen jetzt gemeinsam gegen die Polen. Die rechte Oderseite ist von den Polen besetzt, während die linke noch von den Deutschen gehalten wird. Aus Tarnowitz wird gemeldet, daß reguläre polnische Truppen über die Grenze kamen und in der Stadt in Zivil eingedrungen sind.

### Freiwillige Oberschlesier vor!

In Döppeln wird folgender Aufruf verbreitet: Die internationalisierte Kommission hat beschlossen, 3000 Deutsche, möglichst Deutsche, in die Apo einzulassen. Jeder junge Deutsche werde sich nachmittags 2 Uhr im Gymnasium, Zimmer 6, beim ersten Lehrer des Gymnasiums melden. Militärische Uniformen sind mitzubringen, möglichst auch Wäsche und Stiefel. Deutsche Orden als Erkennungszeichen mitbringen. Es geht um die Heimat!

### Die deutschen Parteien und Gewerkschaften

haben an die internationalisierte Regierung und Plebiszit-Kommission in Döppeln ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: Die internationale Befreiungsbewegung der hohen Kommission vom 11. Februar 1920 sagt: „Wann überreichte die internationalisierte Kommission die Wohlwollen allen denjenigen, die ihrer Pflicht treu bleiben, so hält sie sich auch andererseits verpflichtet, alle Unruhestifter zu identifizieren und ohne Gnade zu verfolgen, wer sie auch sein mögen und was sie für Ursachen auslösen mögen. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ruhe stören, die Klassen- und religiösen und nationalen Zwist entfachen oder verärgern, revolutionäre Konflikte zu schaffen, sowie diejenigen, die offen oder heimlich zum Überhand gehen die Verwaltung aufgeben, werden auf das strengste bestraft.“ — Am 1. Mai 1921 hat die polnische Partei in der Sonderausgabe der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ offen gegen alle die Bestimmungen verstoßen. Diese Nummer der Grenzzeitung war das Signal für die Gründung des polnischen Partises. Die hohe Kommission hat von ihrer Befugnis, Zeitungen zu verbieten, bisher gegenüber der Oberschlesischen Grenzzeitung keinen Gebrauch gemacht. Der hohen Kommission und ihren sämtlichen Stellen waren zahlreiche Meldungen über die polnischen Vorbereitungen zu gelangen. Trotz dieser Warnungen sind keine wirksamen Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden. Bei der Errichtung der Aufstandspolizei haben wir die hohe Kommission eindringlich an die Gefahr aufmerksam gemacht, die in der Vollziehung dieser Polizei liegt. Unsere schärfsten Befürchtungen sind am 3. Mai verwirklicht worden. Die Mehrzahl der polnischen Apo-Beamten haben sich den polnischen Insurgenten angeschlossen. Der polnische Apo-Sauptmann Pietrzak hat als Inzident das Amt eines Stadtkommandanten in Königshütte ausgeübt. Die Grenze war völlig ungeschützt. Die ungeschützte Zahl der bei den Insurgenten nachgehenden Waffen liefert den Beweis, daß seit langem die Waffenlieferung nach Polen aus erfolgt ist und daß gegenwärtig wirksamen Maßnahmen zur Erfüllung dieser Waffen nicht getroffen worden sind. Auch können sich jetzt die Nachrichten über Morde seitens der Insurgenten. In Kaza, Widowiz und Goholitz (Kr. Kattowitz) wurden am 4. Mai die erwachsenen deutschen Männer von Insurgenten zum Wehrdienst gezwungen. Das gesamte Weizener Gebiet ist gefahrlos. Die selbst jetzt noch in sehr großem Umfange abgesetzte Bevölkerung wird durch die polnischen Insurgenten in der Arbeit gehindert. Um diese Weise soll diesem bis ins nächste vorbereiteten Aufstand ein Ende gesetzt werden, ein altes und neues Volkserneuerung aufgebrocht werden, bis keineswegs vorhanden ist.

### Polen triumphiert.

Die Warschauer Presse beschäftigt sich ausführlich mit dem polnischen Aufstand in Oberschlesien. Die „Gazeta Warszawska“ feiert den Aufstand als einen Triumph des polnischen Patriotismus und sagt, die polnische Regierung müsse die oberhalb des Ereignisses vor der Entente in das richtige Licht stellen. Die „Gazeta Warszawska“ schreibt, der oberhalb des Aufstandes ist erklärlich und eine Warnung für die Entente, nicht mit dem Gefühlen des polnischen Volkes zu spielen. Auch der „Narod“ ersucht den polnischen Aufstand in Oberschlesien, ist aber zur Vorhut im Hinblick auf die internationalen Verpflichtungen Polens. Trotzdem könne Oberschlesien auf die Hilfe Polens rechnen. Eine Sonderausgabe der „Kacz Pospolita“ meldet, daß der Minister über die Ernennungen des Nachfolgers von Kofantjan beriet. Den Vertretern der alliierten Mächte soll heute eine Note übergeben werden, in der die polnische Regierung die Entstehung des polnischen Aufstandes erklärt und auf die Notwendigkeit beständig Entschuldigungen über das Schicksal Oberschlesiens auf Grund des Friedensvertrages hinweist.

Wie mitgeteilt wird, hat das Warschauer ober-schlesische Komitee den Ententeinsichten eine Denkschrift überreicht, in der die sofortige Belegung der ober-schlesischen Gebiete mit polnischer Wehrtruppen durch polnische Militärgesandte gefordert wird. Für die übrigen Teile Oberschlesiens wird eine nachmittags 6 Uhr in Döppeln an den Entente. Die Deputation wurde lediglich von dem französischen Gesandten empfangen, während bei der englischen und italienischen Gesandtschaft keinen Einfluß fand. „Dain Express“ meldet aus Warschau vom 3. Mai, daß dort

### eine polnische Kundgebung gegen England

veranstaltet wurde. Eine große Menschenmenge zog unter dem Ruf „Wieder mit England“ an der britischen Gesandtschaft vorbei und verurteilte mit Gewalt in den Hof der Gesandtschaft einzufragen, um einen schriftlichen Protest zu unterbreiten. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, eine Audienz beim britischen Gesandten zu erlangen, wurde die Kundgebung schließlich von der Polizei gestört. Eine ähnliche Kundgebung wurde vor der italienischen Gesandtschaft veranstaltet.

### Deutsches Reich.

Der zweite Abschnitt der Eisenbahnverbindung Jellau-Braunschweig ist gekerkert dem allgemeinen Verkehr übergeben worden. Es handelt sich um die Strecke von Uebe (Kr. Barchfeld) bis Nachberg. Damit sind 27 Km. von der 56 Km. langen Strecke ausgebaut.

Amerikas Vizekonsul in Berlin. „Times“ melden aus New York, daß wahrscheinlich David Wolff Hellman aus dem Vizekonsul der Vereinigten Staaten in Berlin ernannt werden sollte. Hill hatte diesen Posten bereits im Jahre 1908 bis 1911 inne.

Deutsche Missionare in Australien. Einer Meldung der „Times“ aus Melbourne zufolge hat die australische Regierung beschlossen, den deutschen Missionaren zu gestatten, in dem von Australiern verwalteten Gebiet zu bleiben.

### Auslands-Rundschau.

Der hundertste Todestag Napoleons I. wurde in Paris am Donnerstag durch einen Launer-Gottesdienst in der

Kirche Notre Dame begangen. Der Präsident der Republik hat sich dabei vertreten lassen. Nachmittags fand in Gorbonne eine akademische Feier statt. Das französische Kabinett war durch den Minister für öffentliche Arbeiter Le Trocquer vertreten.

### Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 4. Mai. (In einem Kohlenstapel des Leunawerks) wurden 53700 Mt. Kohlen aufgefunden, die nicht mehr in der Annahme, daß diese Kohlen beim letzten Kohlenantrieb aus der Kasse des Leunawerks gerahmt wurde und durch irgend einen Umstand während der Unruhen in Verwahrheit geriet oder durch das Eingreifen der Schuld nicht schnell und sicher genug aus der Fabrik entfernt werden konnte.

Merseburg, 4. Mai. (Die explodierten Blöcke) Schon wieder auf die Gefahr des Tragens von funktionsfähigen Kleidungsstücken hingewiesen worden, da in ihnen bisher feuergefährliche Stoffe enthalten sind. So mußte erst kürzlich wieder im Grundriß Clobianer Straße 3 eine durch eine kleine Explosion erlitten, als sie ihre Blöcke platzierte. Die Blöcke lösten sich zu klein, und kaum war die feuergefährliche Blöcke demselben befreit, da es einen Knall. Die Blöcke war vollständig in kleine Fetzen zerfallen, die Hausfrau kam mit Brandwunden im Gesicht und an den Händen davon.

Frankenhausen, 4. Mai. (Riffhäuser-Luftverbreitung) Anlässlich des Riffhäuser-Submittals wird am 10. Juni ein „Riffhäuser-Konferenz“ in der Kulturverhältnisse Leipzig-Frankenhausen eröffnet. Der Flugplan wird ein-gerichtet, daß die Linie direkten Anfluges in die Kulturverhältnisse Leipzig-Leipzig-Augustus-München hat. Die Reise während des Jahres Volksfeier-Rundflüge über dem Riffhäuser-Luftverkehr und Frankenhausen ausbleibt, die bis über den März führen.

Berth, 4. Mai. (Die Wohnraumausweitung) die in der letzten Gemeinderatssitzung auf Anordnung der Regierung in dem abgeändert worden ist, daß ein Zimmer über den Normalbedarf hinaus bleiben soll, ist jetzt von der Regierung genehmigt worden. Durch die Abänderung hat die Steuer wesentlich in ihrem finanziellen Interesse (abnehmend) abgenommen. Die Stadt beschloß, die Haussteuer auszuheben, den aufsteigen in Proportionalen Flächenabnahmen am 1. Juli zum 1. Oktober zu mindern. Der Gemeinderat erklärt, er sei zu der Maßnahme geneigt, da trotz der großen Wohnraumnot die Flächenabnahme zum Ende des Jahres 1911 kein Wohnhaus für ihre Beamten gebaut habe.

Wittenberg, 4. Mai. (Das hier tagende Sondergericht) des Landgerichtes Halle verurteilte gestern folgende Strafen: Die Bergarbeiter Albert Bräuer und Otto Förster, beide aus Halle, Arbeiter Karl Braune aus Meißen erhielt wegen Aufruhrs und Anfluges an eine bewaffnete Bande je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, der Arbeiter Otto Straube aus Halle Oberleitungsbeamter der Verordnungs- und des Ausnahmestandes 3 Monate Gefängnis, der Arbeiter Paul Jägershals aus Döllnitz 21 Jahre alt, wegen Aufruhrs, Abberufung des Gemeindevorstandes und Löcherens Raubes 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, der Arbeiter Ernst Jägershals und Arbeiter Karl Braune aus Halle wegen Aufruhrs und Anfluges an die rote Armee je 1 Monate Gefängnis, der Arbeiter Arno Vogt aus Beuthen wegen der gleichen Vergehen 9 Monate, der Schuhmacher Anton Katschke aus Amstorf wegen Anfluges an einen bestimmten militärischen Auftrag und Aufruhrs an die rote Armee und der Arbeiter Alfred Müller aus Weiseneis je 3 Monate Gefängnis (je letzteren wird die Strafe drei Jahre ausgesetzt), der Arbeiter Otto Bennewitz aus Gräben wegen Anfluges an die rote Armee 7 Monate Gefängnis. Ein Monat Interdiktionsstrafe wegen Aufruhrs und Anfluges an die rote Armee, wegen des Gerichts werden sich bis in den Juni erstrecken.

Leipzig, 4. Mai. (Leipzig als eines Bezirks-eigenbahrates) Wie in der letzten Sitzung der Leipziger Stadtverwaltung mitgeteilt wurde, wird Leipzig als eines Bezirks-eigenbahrates, der die Eisenbahnverkehrsbehörden Dresden und Leipzig unter 3 Arten in 3 Arten umfassen wird. Der Bezirks-eigenbahrat Leipzig wird 64 Mitglieder zählen. Der Bezirks-eigenbahrat hat das Recht zu 16 Mitglieder zu ernennen. Von den amtlichen Berufsvertretungen von Handel, Industrie und Gewerbe sind 16 Mitglieder und von der Arbeiterbewegung 16 (8 aus der Arbeiterbewegung und die gleiche Zahl aus der Arbeiterbewegung) zu wählen.

Gelehrter (Tübingen), 4. Mai. (Mit einer reichlich schmerzlichen Würde) letzte dieser Tage Reichler Rangzeit einer jungen Ehepart hierseits ein und legte ihnen drei interessante Bücher in die Hände. Der Familienrat ist vor Jahresfrist aus der Arbeitsgemeinschaft zurückgelassen.

### Kunst und Wissenschaft.

Das Max Klinger in Breslau (11—16 Mai) bringt in zwei Ordre-Expositionen, zwei Kunstmuseumskunst und einem Ergänzungs-Expositionen die bedeutendsten Werke des Meisters, darunter den Samponischen Prolog, das Violintenor, das Adolf Büchler spielen wird, die Gitarrenvariationen und den 100. Psalm. Für die Wieder ist die berühmte Wittlin Emmi Leisner gewonnen.

Johannes Wolff, Professor der Philosophie an der Leipziger Universität ist seiner Zeit auf Grund der neuen Verordnungen über die Altersgrenze seit dem 1. April d. J. in den Stand der Emeritierung versetzt worden. Da in seinem Arbeitskreis völlig umgeändert ist, wird er, wie wir erfahren, seine Tätigkeit in ununterbrochenem Umfang fort-führen. Der 73jährige Gelehrte hat in seinen bedeutenden Sommererlebnisse Vorlesungen über Sokrates, Platon, Aristoteles, Allgemeine Weltanschauung, Goethes Weltanschauung, die sein Nachfolger im Amt ist Hans Driesch (König) be-zugnehmend, der Gelehrte hat sich jedoch noch nicht be-zogen, ob er dem Ruhe folgen lassen wird.

Neue Verfassung des Leipziger Konservatoriums. Das Konservatorium der Musik zu Leipzig hat eine neue Verfassung erhalten, nach der in Zukunft die gesamte künstlerische Leitung in den Händen eines Senates liegt, dem die Professoren Paul Graener, Stephan Krehl, Operndirektor Hoffe, Thomaskantor Karl Straube, Robert Schumann alle an-gehören. Der Rat der Stadt Leipzig und die Stadtvor-schreiber werden in dem Kuratorium vertreten sein. Der Vor-schreiber wurde das Recht eingeräumt, den Studienrat selbst zu wählen. Dies ist bereits bei der Wahl am 1. April ge-schehen, durch die dem Professor Krehl die Leitung des Konservatoriums übertragen wurde.

Max Klinger in Breslau. In Breslau ist der bekannte Kunststift und Theaterkritiker Karl Kalber geboren. Kalber wurde am 4. Januar 1859 in Breslau geboren. Nachdem er an den Uni-versitäts Breslau und Würden und an den Musikischen Mün-chen und Wien „über vier Jahre, siedelte er 1874 nach Breslau als Journalist nach. Auf die Kunstverteilung über. 1890 wurde ihm die Leitung des Breslauer Konservatoriums übertragen. Die Ver-ordnung 1888 wurde der Musikdirektor der Reuen Freien Schule, später Theaterkritiker des Reuen Wiener Tagblattes. Er hat eine große Reihe von Büchern herausgegeben, Dichtungen, Rele-vanten und zahlreiche musikalisch-wissenschaftliche Werke, u. a. eine Biographische. Bekannt ist er auch als Übersetzer.